

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1991 bis 1999 Band 6

Der Werteverfall in der "vereinten" Bundesrepublik Deutschland

Band 6/115: 03.10.1996 – 03.07.1997

03.10.1996

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 3. Oktober 1996: >>>**Polen hofft auf Opel**

... Der Rüsselsheimer Autohersteller Opel hat am Mittwoch den Startschuß zum Bau eines 470 Millionen DM teuren Werks in Polen gegeben, von dem aus der boomende osteuropäische Automarkt erobert werden soll. Den symbolischen ersten Spatenstich in der oberschlesischen Industriestadt Gleiwitz führten der polnische Staatspräsident Aleksander Kwasniewski, Bundesaußenminister Klaus Kinkel und Opel-Chef David Herman aus.

... Keinesfalls vorgesehen sei die Belieferung des deutschen Marktes von Polen aus. Auch würden keine Arbeitsplätze aus der Bundesrepublik nach Gleiwitz verlegt, versicherte Herman. Die geplante enge Zusammenarbeit mit Opel Eisenach sicherte im Gegenteil Beschäftigung in Deutschland.

... Das neue Werk entsteht auf der grünen Wiese in einer Sonderwirtschaftszone, wo in den ersten 10 Jahren gar keine und dann weitere 10 Jahre lang nur 50 Prozent Steuern gezahlt werden müssen. Die Lohnkosten betragen ein Zehntel von denen in Deutschland.<<<

26.10.1996

Schweiz: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 26. Oktober 1996: >>>**Das herrenlose Vermögen ermordeter Juden belastet die Schweiz**

Ein jetzt bestätigter Geheimvertrag mit Polen wirft Schatten auf eine Nation, die bisher als demokratisches Musterländle galt.

Von einer beispiellosen Kampagne gegen die Schweiz ist in einem kaum zu übersehenden Inserat in der "Neuen Zürcher Zeitung" die Rede. Darin heißt es: "In den vergangenen Wochen war keine Sensationsmeldung über angeblich in der Schweiz verschwundene deutsche Kriegsbeute zu unglaublich, zu phantasievoll, zu reißerisch, um nicht in Großaufmachung durch die internationale Presse geistern zu können. ..."

Solche herzhafteste Medienschelte ist Wasser auf die Mühlen jener Eidgenossen, bei denen der Patriotismus nach wie vor hoch im Kurs steht. Den einen oder anderen unter ihnen mag es sogar freuen, daß der Verfasser der Anzeige Michael E. Dreher ist, legendärer Gründer der Auto-Partei, die sich heute großspurig Freiheitspartei nennt. Für eben diese Partei wirbt Dreher denn auch mit seiner Anzeige.

Besonders erbost ist eine Aussage von Ignatz Bubis, dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, der in einem Interview zum Thema Raubgold und Judengelder behauptete: "Die Schweizer schauten nur zu und profitierten."

Bubis geht davon aus, daß die Nazis seinerzeit einen Teil der geraubten Schätze verkauften und damit "sowohl ihre Importe bezahlt wie auch Reserven auf Schweizer Konten gebildet hätten.

Ähnliche Vorwürfe an die Schweiz kommen heute besonders aus Amerika, wo der New Yor-

ker Senator Alfonse D'Amato nicht müde wird, immer wieder für Aufregung zu sorgen. Mit jedem neuen Verdacht verwandelt sich das Bild des Schweizer Musterknaben in Sachen "political correctness" zu dem des Prügelknaben.

So hat die Schweizer Regierung, aufgeschreckt durch immer neue Enthüllungen, eine Gruppe von Historikern eingesetzt, die Licht bringen soll in ein - wie Bundesrat Kaspar Villiger es ausdrückt – Gestrüpp von Fakten, über die man noch nicht alles weiß." Auf Grund der bisherigen Informationen fügte er hinzu, habe er bei dem jüngst bekannt gewordenen Geheimvertrag mit Polen aus dem Jahr 1949 aber "kein sehr gutes Gefühl".

Das schlechte Gefühl des Bundesrats ist berechtigt, denn Polens Außenminister Dariusz Rosati bestätigte ... erstmals öffentlich, daß es einen Geheimvertrag mit der Schweiz über die Konten jüdischer Holocaust-Opfer gegeben habe. In einem Radiointerview meinte der polnische Außenminister, der Vertrag habe "gegen geltendes Recht verstoßen". Nach diesem Abkommen aus dem Jahre 1949 sollten Schweizer, die nach der kommunistischen Machtübernahme in Polen Vermögen verloren hatten, unter anderem mit dem Geld von polnischen Nazi-Opfern entschädigt werden können.

Die Vereinbarung sah auch vor, das Geld von Schweizer Konten ermordeter polnischer Juden der Polnischen Nationalbank zu überweisen. Das sei nicht hinnehmbar, erklärte der polnische Außenminister: "Ich kann mir nicht vorstellen, daß man in einem Rechtsstaat entscheiden kann, daß private Konten polnischer Bürger in Staatshand übergehen, wenn es eine bestimmte Zeit keine Kontobewegungen gegeben hat."

... Die Schweizer fühlen sich von der Vergangenheit eingeholt und überrumpelt. Viele wollen es heute noch nicht wahrhaben, daß ihr Land in den Kriegsjahren eine wichtige Rolle als Waffenlieferant Nazideutschlands spielte und wahrscheinlich deswegen verschont blieb.

Schwerer noch wiegt jetzt die Bestätigung des Verdachts, daß die Schweiz nach dem Krieg die herrenlosen Gelder aus Polen ohne gewissenhafte Suche nach den Erben dem polnischen Staat - und nicht etwa jüdischen Organisationen - übergeben hat.

"Wir haben ein Imageproblem", gestand Hans Meyer, Präsident der Schweizerischen Nationalbank, vor kurzem seinen Kollegen in Washington. ...<<

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schreibt später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über die Suche nach den "Schweizer Konten von ermordeten Juden" (x169/99-104): >>... Zunächst behauptete die Holocaust-Industrie, Schweizer Banken hätten gesetzlichen Erben von Holocaust-Opfern systematisch den Zugang zu nachrichtenlosen Konten mit einem Wert von 7 bis 10 Milliarden Dollar verweigert. "Während der letzten fünfzig Jahre", schrieb "Time" in einer Titelgeschichte, sei es eine "Generalanweisung der Schweizer Banken gewesen, Überlebende des Holocaust hinzuhalten und abzuwehren, wenn sie sich nach den Konten ihrer verstorbenen Verwandten erkundigten".

Mit einem Hinweis auf die Geheimhaltungsvorschriften, die die Schweizer Banken 1934 zum Teil deswegen erlassen hatten, weil sie verhindern wollten, daß jüdische Anleger von den Nazis abkassiert wurden, trug D'Amato dem Bankenausschuß des Kongresses vor: "Ist es nicht eine Ironie, daß genau das System, mit dem die Leute ermutigt wurden, Konten zu eröffnen - daß genau dessen Geheimhaltungsvorschriften dann dazu benutzt wurden, eben diesen Leuten und deren Erben ihr Erbe, ihr Recht zu verweigern? Man hat es pervertiert, verdreht, in sein Gegenteil verkehrt."

Atemlos erzählt Bower, wie ein entscheidendes Beweisstück für die schweizerische Perfidie gegenüber Holocaust-Opfern entdeckt wurde: "Glück und Fleiß brachten eine kostbare Information zu Tage, und sie bestätigte die Berechtigung von Bronfmans Klage.

Ein Geheimdienstbericht aus der Schweiz vom Juli 1945 erwähnte, daß Jacques Salmanovitz, der Eigentümer der Société Générale de Surveillance (SGS), eines Notariatsbüros und einer Treuhandfirma mit Kontakten zu den Balkanstaaten, eine Liste mit 182 jüdischen Klienten

besaß. Sie hatten diesem Treuhänder 8,4 Millionen Schweizer Franken und etwa 90.000 Dollar anvertraut, bevor sie aus den Balkanstaaten in die Schweiz gekommen waren. In dem Bericht wurde festgestellt, daß die Juden ihren Besitz noch nicht zurückgefordert hätten. Rickman und D'Amato waren begeistert."

Auch in seinem eigenen Bericht brandmarkt Rickman diesen "Beweis für schweizerische Kriminalität". In diesem speziellen Kontext erwähnt jedoch keiner der beiden, daß Salmano-vitz Jude war. ...

Gegen Ende 1996 lieferte ein Auftritt älterer jüdischer Frauen und eines Mannes vor dem Bankenausschuß des Kongresses ein bewegendes Zeugnis für die Rechtsverstöße der Schweizer Bankiers. Doch laut Itamar Levin, einem Redakteur der größten israelischen Wirtschaftszeitung, hatte keiner dieser Zeugen "einen wirklichen Beweis für die Existenz von Vermögenswerten bei Schweizer Banken".

Um den theatralischen Effekt dieser Zeugenaussage zu steigern, rief D'Amato Elie Wiesel als Zeugen auf. In seiner später weithin zitierten Aussage beteuerte Wiesel, er sei schockiert - schockiert! - gewesen von der Enthüllung, die Täter des Holocaust hätten versucht, Juden auszulündern, ehe sie sie ermordeten: "Anfangs glaubten wir, die Endlösung sei allein durch eine vergiftete Ideologie motiviert gewesen. Nun wissen wir, daß sie nicht einfach, so schrecklich das klingen mag, nur Juden töten wollten: Sie wollten jüdisches Geld. Jeden Tag erfahren wir mehr über diese Tragödie. Gibt es denn für Schmerz keine Grenze? Keine Grenze für den Frevel?"

Natürlich ist es kaum eine Neuigkeit, daß die Nazis die Juden ausplünderten; ein großer Teil von Raul Hilbergs 1961 veröffentlichter grundlegender Untersuchung, "Die Vernichtung der europäischen Juden", ist der Enteignung der Juden durch die Nazis gewidmet.

Man hat auch behauptet, die Schweizer Bankiers hätten die Einlagen von Holocaust-Opfern kassiert und systematisch entscheidende Unterlagen vernichtet, um die Spuren zu verwischen, und nur Juden seien derlei Scheußlichkeiten zugefügt worden. Bei einer Anhörung griff die Senatorin Barbara Boxer die Schweizer an und bekundete: "Dieser Ausschuß wird ein doppeltes Spiel der Schweizer Banken nicht hinnehmen. Erzählen Sie der Welt nicht, sie würden suchen, während sie Akten vernichten."

Doch leider erschöpfte sich der propagandistische Wert der älteren jüdischen Kläger, die die Perfidie der Schweizer bezeugten, recht schnell. Dementsprechend versuchte die Holocaust-Industrie einen neuen Skandal ausfindig zu machen. Die Begeisterung der Medien machte sich an dem von der Schweiz gekauften Gold fest, das die Nazis während des Krieges in den Zentralbanken Europas erbeutet hatten. Auch das war in Wahrheit längst bekannt, wurde aber als aufsehenerregende Enthüllung verkündet.

Arthur Smith, der Autor einer Standarduntersuchung zu diesem Komplex, sagte bei der Anhörung des Repräsentantenhauses: "Ich habe mir den ganzen Morgen und heute nachmittag Dinge angehört, die in weitem Umfang schon seit einigen Jahren in ihren Grundzügen bekannt sind; ich bin überrascht, daß vieles als neu dargestellt wird."

Bei diesen Anhörungen ging es jedoch nicht um Information, sondern, mit den Worten der Journalistin Isabel Vincent darum, "sensationelle Stories zu bekommen". Wenn man ausreichend mit Schlamm warf, konnte man durchaus davon ausgehen, daß die Schweiz klein beigeben würde.

Das einzige wirklich Neue war die Behauptung, die Schweizer hätten wissentlich mit dem "Gold von Opfern" Handel getrieben. Das heißt, sie kauften große Mengen Gold auf, das die Nazis in Barren umgeschmolzen hatten, nachdem sie es Opfern der Konzentrationslager abgenommen hatten.

"Der WJC", schreibt Bower, "brauchte ein emotional besetztes Thema, das den Holocaust und die Schweiz miteinander verknüpfte." Dementsprechend sah man diese neuerliche Enthüllung

schweizerischer Tücke als Geschenk des Himmels an.

Es gab "nur wenige Bilder", fährt Bower fort, "die aufwühlender waren als das Herausbrechen der Goldfüllungen aus den verzerrten Mündern toter Juden, die man aus den Gaskammern der Vernichtungslager gezogen hatte."

"Die Tatsachen sind sehr, sehr betrüblich", brachte D'Amato bei der Anhörung vor dem Repräsentantenhaus in klagendem Tonfall vor, "weil sie uns von der Plünderung der Besitztümer aus Wohnungen und Nationalbanken berichten, von den Todeslagern, den Uhren und Armreifen und Brillengestellen aus Gold und den Zahnfüllungen der Menschen."

Neben den Vorwürfen, den Zugang zu Holocaust-Konten zu behindern und mit geplündertem Gold gehandelt zu haben, sahen die Schweizer sich auch mit der Anschuldigung konfrontiert, sie würden mit Polen und Ungarn gemeinsame Sache machen, um Juden zu betrügen. Hier hielt man ihnen vor, Gelder von nicht beanspruchten Schweizer Konten, die polnischen und ungarischen Staatsbürgern gehörten (die aber nicht alle Juden waren), würden von der Schweiz als Entschädigung für schweizerischen Besitz verwendet, den diese Regierungen verstaatlicht hatten.

Rickman bezeichnet dies als "aufregende Enthüllung, eine, die den Schweizern die Socken von den Füßen reißen und einen Feuersturm verursachen wird". Doch die Fakten waren schon weithin bekannt und in amerikanischen Zeitschriften der frühen fünfziger Jahre veröffentlicht worden. Und angesichts des ganzen Mediengeschreis belief sich die entsprechende Summe schließlich auf weniger als eine Million Dollar nach heutigem Wert.

Bereits vor dem ersten Senatshearing über die nachrichtenlosen Konten im April 1996 hatten die Schweizer Banken eingewilligt, einen Untersuchungsausschuß einzurichten und sich dessen Ergebnissen zu unterwerfen. ...<<

Oktober 1996

BRD: Der deutsche Moraltheologe Johannes Bökmann (1926-1998) berichtet im Oktober 1996 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 – 1996 (x853/...):

>>Woher der Haß?

Fassungloses Entsetzen: "Woher der Haß?" Irmgard Fides Behrendt fragt so inmitten der nicht enden wollenden, immer neuen Plünderungs-, Vergewaltigungs- und Mordwellen von seiten einer oft alkoholisierten, verwahrlosten sowjetischen Soldateska bei deren Überfall auf die Zivilbevölkerung 1945 im friedlichen Ostpreußen. ...

Wir wissen aber heute besser als damals, woher Haß und vertierte Brutalität in der Roten Armee kamen. Das in mehrfacher Hinsicht hervorragende Werk von Joachim Hoffmann, "Stalins Vernichtungskrieg 1941-1945" ... hat den geplanten Angriffskrieg Stalins, dem Hitlers Angriff gerade noch zuvorkam, in seinem inneren wie nach außen gewendeten strukturellen Terrorcharakter dargestellt.

Ich zitiere einige Kapitelüberschriften des genau quellenmäßig belegten Buches: Durch Terror zum Kampf. Sowjetsoldaten werden ins Feuer getrieben - Sowjetsoldaten dürfen sich nicht gefangen geben. Verhinderung der Flucht nach vorn - Der Terrorapparat. Wie "Massenheroismus" und "Sowjetpatriotismus" erzeugt wurden - Sowjetische Untaten werden den Deutschen zugeschrieben – Die antideutschen Volks- und Rassenhetze - Die Ermordung deutscher Kriegsgefangener begann bereits am 22. Juni 1941 – Greuelthaten der Roten Armee beim Vordringen auf deutschen Boden ...

Was die grauenhaften Erlebnisse der ostdeutschen Bevölkerung 1945 anlangt und die fassunglose Frage: Woher der Haß?, so mögen Ursachen aus einigen Zitaten des Buches faßbar werden. Sie beziehen sich auf Ilja Ehrenburg, den von Stalin eingesetzten Lehrmeister der Roten Armee. Schon am ersten Kriegstag nennt er die deutschen Soldaten: Räuber, Kindermörder, keine menschlichen Wesen, schädliches Ungeziefer, gigantische Gangsterbande, schlimmer als wilde Bestien, verglichen mit ihnen sind Kaffern und Zulus noch kultiviert,

Perverse, Sodomiten und Süchtige, leichenfressende Dämonen und Vampire (ebda. S. 200, 202, 204).

Im Oktober 1942 heißt es in seinem berüchtigten Aufruf: Töte!, "der unter den sowjetischen Truppen weiteste Verbreitung fand und den Rotarmisten immer wieder eingehämmert wurde": "Von nun an ist das Wort 'Deutscher' für uns der allerschlimmste Fluch. Von nun an bringt das Wort 'Deutscher' ein Gewehr zur Entladung ... Wenn Du nicht im Laufe eines Tages wenigstens einen Deutschen getötet hast, so ist es für Dich ein verlorener Tag gewesen ... Für uns gibt es nichts Lustigeres als deutsche Leichen ..." (S. 206)

Seine Aufrufe zu Plünderungen, systematischen Vergewaltigungen etc. schließen sich konsequent an. Es hat m.E. wohl kaum je einen Schreibtischtäter gegeben, dessen Hetz-, Haß- und Aufstachelungstiraden massenhaft Fürchterlicheres angerichtet haben als die von Ilja Ehrenburg.

3. Zivile Opfer allein in den Ostprovinzen: "120.000 Männer, Frauen und Kinder größtenteils von Sowjetsoldaten ermordet und 100.000 bis 200.000 weitere in Gefängnissen und Lagern zugrundegegangen. 200.000 Menschen starben während der ab 3. Februar 1945 einsetzenden Deportationen und in der sowjetischen Sklaverei und unendlich viele - in Königsberg allein 90.000 - an den unmenschlichen Lebensbedingungen unter sowjetischer Militärverwaltung in der nachfolgenden Okkupationszeit. Extrem hoch war auch die Rate derer, die ihrem Leben aus Verzweiflung selbst ein Ende machten.

Die ungeheuren Menschenverluste, die durch unmittelbare Gewaltanwendung oder in den Gefängnissen, Konzentrationslagern und Vernichtungslagern in Polen, Jugoslawien und in der Tschechoslowakei eingetreten sind, sollen in diesem Zusammenhang dabei ebenso außer Betracht bleiben wie die mindestens 65.000 Zivilpersonen, die in den sowjetischen Konzentrationslagern der Besatzungstruppen an Hunger und Seuchen zugrunde gingen." (S. 253 f.)

Es erscheint als eines von leider vielen Beispielen geradezu perverser Würdelosigkeit, die mit jenen ("in der Geschichte Europas einmaligen" Pius XII.) Ereignissen verbundene Beendigung des Krieges als "Befreiung" feiern zu wollen. Auch hat man noch nicht gehört, daß den Millionen Opfern, tapferen Soldaten (insbesondere auch der Marine, die in einem beispiellosen Einsatz Millionen retten konnte), und Vergewaltigten ein würdiges nationales Gedenken und Denkmal gewidmet worden wäre. Man denkt da heute mehr an Deserteure und fremde Völker ... und will am liebsten bei den Jubelfeiern der antideutschen und (im Falle der Sowjets und Roosevelts) antieuropäischen Sieger mitmachen. ...

4. Woher der Haß? Aufhetzen zu Rache und Blutrausch, Aufstacheln zu Vergewaltigung, Vernichtung und Plündern manipulieren menschliche Urtriebe, indem sie Schnellerfüllung und Folgenlosigkeit versprechen und - durch Mißbrauch von ideologischem Moralin ("gerechte Sache") auch noch ein gutes Gewissen dabei machen. Ein Charakteristikum solcher Verursacher wüster und massenhafter Barbarei sind dabei (gruppen-)psychodynamische ad hoc Konsensprozesse, die Andersdenkende zum Schweigen bringen, heimtückisch fertigmachen, ausschließen, unterdrücken, dann so oder so liquidieren.

Selbstverständlich ist dergleichen nicht auf die Sowjets beschränkt, in unseren Tagen haben wir das im ehemaligen Jugoslawien in grauenhafter Weise genauso wieder mit ansehen müssen. Und Europa hat - entgegen übrigens der törichten schon widerlegten Behauptung, durch ihre Existenz gebe es keinen Krieg mehr - zugesehen, sich zerstritten und schändlichst versagt. Wäre Deutschland wirklich frei (von EU-Fesseln) gewesen, hätte es selbständig - ver hindernd, helfend - handeln können. Aber auch die Kampagnen gegen die sog. Fundamentalisten, die sog. Sekten, den sog. Ausländerhaß (von seiten einer gewissen anti-nationalen Inländerfeindschaft), tragen die erwähnten heimtückischen Züge:

Totschweigen (etwa des gigantischen Asylschwindels) durch zersetzendes Tabuieren mit Hilfe von niederhaltendem, unklaren, täuschend-vergiftetem Moralin nebst Gesinnungsterror und

entsprechendem Denunziantentum. Die fürchterlichen Vorgänge in China ("Kulturrevolution") mit zigmillionen Umgebrachten), Tibet (Genozid), Kambodscha u.a.m. seien hier nur genannt. ...<<

Die deutsche Psychotherapeutin und Schriftstellerin Christa Meves berichtet im Oktober 1996 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 – 1996 (x853/...): >>... **Erziehen ohne Gott?**

... Erziehung mit Gott - das heißt, täglich mit unseren Kindern den Weg des Guten, des Lebensvollen, des Aufbauenden zu suchen, weil wir wissen, daß wir im Dienst der Schöpfung stehen. Ein Geist dieser Art läßt z.B. nicht zu, daß Kinder Dinge tun, die ihre Gesundheit schädigen; denn er weiß, daß wir nicht aus Zufall oder Spaß existieren, sondern um Gottes Willen, um der Liebe voranzuhelfen.

Kinder, denen dieser Zusammenhang vermittelt wird - zunächst durch das Vorbild der Eltern, dann aber auch in der Schule, und hier wie dort auch dadurch, daß man es den Kindern an der Schwelle zum Jugendalter sagt -, haben keine Not damit, hoffnungslos nach dem Sinn des Lebens zu fragen und zu resignieren, weil sie ihn nicht entdecken können. Wer seinen Kindern den Lebenssinn von uns Menschen glaubhaft vorlebt und sie darin unterrichtet, der kann die Hoffnung haben, daß die Kinder mit zupacken, weil sie spüren, wie nötig sie in dieser wahnwitzig zerstörerischen Welt gebraucht werden.

Es ist auch Erziehung ohne Gott, wenn man die Kinder über die Medien gegen ihre Eltern aufhetzt; denn das geschieht nicht von ungefähr. Dahinter steckt jener Feldzug, der unter der Devise "Marsch durch die Institutionen" die Absicht verfolgt, die Kinder dazu zu bringen, sich aus den Familien zu lösen (auch durch frühen Geschlechtsverkehr vom 13. Lebensjahr ab), damit diese dann als gewalttätige Revoluzzer unsere Lebensform in den Orkus (Totenreich) schicken, zu dem Zweck, eine neue Gesellschaft hervorzubringen, in der der Mensch sich als Gott aufspielt und den neuen, gerechten Menschen allein hervorbringt.

Dieser gefährliche Geist besonders ist schon in viele junge Menschen eingefahren, weil sie verführt worden sind von der Vorstellung, der Mensch könne ohne Gott das Paradies der Zukunft selbst schaffen. Dies ist der Geist, der seit 1917 in Rußland praktiziert wurde, in dessen Zug 30 Millionen Russen von Russen umgebracht und Tausende und Abertausende von Kirchen zerstört wurden.

Davor gilt es, unsere Kinder und deren Zukunft zu bewahren; denn die Früchte dieser Götzenherrschaft des Menschen lassen sich in der Knechtschaft des armen russischen Volkes ganz deutlich ablesen - sie heißen: Elend des Volkes und brutale, barbarische Diktatur der anmaßenden Machthaber.

Es ist unendlich wichtig, unsere Kinder heute rechtzeitig vor den falschen Propheten zu bewahren, die ihnen vorgaukeln, es könne eine von Menschenhand gemachte, gerechte Gesellschaft geben. Es ist nötig, dies unseren Kindern zu verdeutlichen, bevor sie in den Bann der falschen Propheten geraten sind. Wir müssen den Geist des Gehorsams gegen den Geist des abgefallenen Menschenhochmuts setzen! Wir müssen uns Kraft holen aus dem Geist der Liebe, der Christus heißt! ...<<

Der deutsche Jesuit und Publizist Lothar Groppe berichtet im Oktober 1996 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 – 1996 (x853/...): >>... **47. Tag der Heimat - ein Rückblick**

... Es war eine peinliche Entgleisung, als ein einsamer Zwischenrufer die Rede des Bundespräsidenten mit "Vaterlandsverräter" unterbrach. Dieser bedauerliche Fauxpas spiegelt aber keineswegs die Einstellung der Heimatvertriebenen wider, wenngleich sie von den Ausführungen Roman Herzogs sicher etwas anderes erwartet hatten. Sein Redenschreiber bewies keine glückliche Hand, als er manche Formulierung wählte, welche die Heimatvertriebenen zutiefst verletzen mußten.

Wenn der Bundespräsident ausgerechnet vor Menschen, die mit unglaublicher Brutalität unter Verlust von etwa 3 Millionen Angehöriger sagte, "daß die durch den Krieg verlorenen Ostgebiete zu unserem geschichtlichen und kulturellen Erbe, aber nicht mehr zu unserem Staat gehören", mag dies den Forderungen der political correctness genügen, kaum aber den Erwartungen der Heimatvertriebenen an ihr Staatsoberhaupt gerecht werden.

Ein Wort des Trostes für das unermeßliche Leid vergangener Tage hätte den gedemütigten und geschundenen Opfern haßerfüllter Sieger gutgetan. Der barmherzige Samariter des Evangeliums goß Öl und Wein in die Wunden dessen, der unter die Räuber gefallen war. Warum sich der Redenschreiber für Essig entschied, bleibt unerfindlich. Westdeutschen, die unangefochten in ihrer Heimat leben konnten, mag der Verlust der Heimat von Millionen Ostdeutscher wenig bedeuten. Um so schwerer wiegt er für die Betroffenen, deren Wunden nicht heilen wollen.

Kehren wir zum Zwischenrufer zurück. So inakzeptabel sein "Vaterlandsverräter" war, so menschlich begreiflich erscheint sein Fauxpas auf dem Hintergrund jahrzehntelanger Beteuerungen sämtlicher verantwortlichen Politiker von Konrad Adenauer über Willy Brand bis Herbert Wehner, die sich über alle Parteigrenzen hinweg einmütig zu den Grenzen Deutschlands in den Grenzen von 1937 bekannten.

Alle stimmten mit der Erklärung der sozialdemokratischen Politiker Ollenhauer, Wehner und Brandt in ihrem Grußwort zum Schlesiertreffen im Juni 1963 überein: "Breslau, Oppeln, Gleiwitz, Hirschberg, Glogau, Grünberg, das sind nicht nur Namen, das sind lebendige Erinnerungen, die in den Seelen von Generationen verwurzelt sind und unaufhörlich an unser Gewissen klopfen. Verzicht ist Verrat. Wer wollte das bestreiten! Das Recht auf Heimat kann man nicht für ein Linsengericht verhökern. Niemals darf hinter dem Rücken der aus ihrer Heimat vertriebenen und geflüchteten Landsleute Schindluder getrieben werden."

Wenn der Bundespräsident erklärte, Deutschland habe keine Gebietsansprüche, wird ihm auch jeder Heimatvertriebene zustimmen. Natürlich erheben wir keine Gebietsansprüche an Polen und Russen, wohl aber stimmen alle rechtlich denkenden Deutschen mit der Erklärung Professor Hallsteins vom Oktober 1956 vor dem Deutschen Bundestag überein, daß die Heimatvertriebenen "niemals auf den Anspruch verzichtet haben, ihre Heimat in Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit wiederzuerlangen."

Wenn Politiker erklären, der Verlust eines Viertels Deutschlands sei der Preis für den von uns begonnenen Krieg, steht ihr Argument auf tönernen Füßen. Mit derselben Logik und Konsequenz müßten England, Frankreich, Rußland und Polen erhebliche Teile ihres Landes abtreten, weil sie ausnahmslos alle seit 1800 wesentlich mehr Kriege geführt haben als Deutschland.

England liegt mit 80 Kriegen an der Spitze, dicht gefolgt von Frankreich mit 75 Kriegen. Rußland zog in 63 Eroberungskriege und Polen in 32. Das angeblich so kriegslüsterne Deutschland, einschließlich Preußen, liegt mit 23 Kriegen merklich dahinter.

Erinnern wir uns der Worte des großen Friedenspapstes Pius XII: "Ohne Gerechtigkeit gibt es keinen Frieden!"

Der völkerrechtswidrige und menschenverachtende Raub eines Viertels Deutschlands mag Europa vor neuen gewaltsamen Konflikten bewahren. Zu echter Versöhnung oder gar Freundschaft mit den östlichen Nachbarn leistet er keinen Beitrag. ...<<

Der deutsche Historiker Alfred Schickel (1933-2015) berichtet im Oktober 1996 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 – 1996 (x853/...): >>>>... Was man von "kleinen Nationen" lernen kann - Nach dem estnischen Staatspräsidenten Meri gab Ungarns Ministerpräsident Horn ein Beispiel

Reden an nationalen Feier- und Gedenktagen können wahre Glücksfälle sein. Das zeigte sich vor Jahresfrist auf dem "Tag der Heimat" in Berlin, als der estnische Staatspräsident Meri sei-

ne deutschen Zuhörer zu mehr nationalem Selbstwertgefühl ermunterte und vor einem gebrochenen Verhältnis zur eigenen Geschichte warnte.

Und das bestätigte sich am 3. Oktober 1996 aufs neue. Da hielt der ungarische Ministerpräsident Gyula Horn die Hauptrede auf der zentralen Festfeier zum "Tag der deutschen Einheit" in München. In ihr grenzte er den Rückblick nicht auf die zurückliegenden sieben Jahre seit seiner folgenreichen Grenzöffnung ein und begnügte sich auch nicht mit feierlichen Bekenntnissen zu Europa, sondern erweiterte seine Vergangenheitsschau bis ins frühe Mittelalter.

Sicher nicht nur als höfliche Reverenz vor dem Land seines Auftritts Bayern, wo sich der erste ungarische König mit einer bajuwarischen Prinzessin vermählte und sich um die Jahrtausendwende dem römischen Christentum anschloß und wohl auch nicht nur, um an ausgewählten Beispielen die herkömmlich guten ungarisch-deutschen Beziehungen seit der "schwäbischen" Südosiedlung zu beschwören. Vielmehr um ein Datum in Erinnerung zu rufen, dessen epochale Folgeschwere hierzulande schier chronisch "übersehen" wird: den Abschluß der "Pariser Vorortverträge" von 1919 und 1920.

Gyula Horn sprach vom "Friedensvertrag von Trianon", den die Vertreter Ungarns als Mitverlierer des Ersten Weltkriegs am 4. Juni 1920 im Pariser Vorort Trianon unterschreiben mußten. Ähnlich wie die "Friedens-Verträge" von Versailles (für Deutschland) und von St. Germain (für Österreich) ohne die betroffenen Deutschen und Österreicher festgesetzt wurden, hatten auch die Ungarn den ihnen auferlegten "Vertrag" unter Kriegsandrohung anzunehmen und sich in ihm zusammen mit ihren früheren Verbündeten als "alleinschuldig" am Krieg zu erklären.

Noch umfangreicher als die deutschen und die österreichischen Bevölkerungs- und Landverluste waren die ungarischen Abtretungen, sieht man von der zusätzlichen Wegnahme der deutschen Kolonien und der territorialen Aufteilung der Habsburger Monarchie unter die sogenannten "Nachfolgestaaten" ab.

Da wurde Ungarn gezwungen, auf über 70 Prozent seines bisherigen Territoriums und fast zwei Drittel seiner Bewohner zu verzichten. So ging das bisherige "Oberungarn" als Slowakei mit Böhmen und Mähren zusammen und bildete die "Tschecho-Slowakei", und wurden Siebenbürgen und das Banat an Rumänien gegeben. Ihre ungarischen und deutschen Bewohner sahen sich in den nachfolgenden Jahren ähnlichen Bedrängnissen ausgesetzt wie die Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei und erlebten das erhoffte Selbstbestimmungsrecht nur als papiernes Versprechen.

An dieses Schicksal erinnernd nannte Gyula diese Menschen teilnahmsvoll "unsere Verwandten" und bekundete ihnen seine landsmannschaftliche Sympathie. Eine Geste, die ihn vielleicht im patriotischen Verständnis auch 1989 bestimmt haben könnte, die in sein Land gekommenen Mittel- und Ostdeutschen zu ihren westdeutschen Landsleuten weiterreisen zu lassen und ihnen dafür die ungarische Grenze zu öffnen. Nahtlos sich anfügend an Horns aufrichtiges Bedauern über die Vertreibung der Ungarndeutschen, die ihn menschlich offenbar mehr bewegte als manche nachgeborene westdeutsche Landsleute, die in ideologischer Verwilderung die Heimatvertriebenen gar schon als "Ewiggestrige" beschimpfen.

Es steht dahin, ob diese Zeitgenossen noch eines besseren belehrt werden und von einem Gyula Horn oder Staatspräsident Meri lernen können. ...<<

13.11.1996

BRD: Der deutsche Journalist Dieter Bartetzko schreibt am 13. November 1996 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" über das geplante gigantische Berliner "Denkmal für die ermordeten Juden Europas" (x268/228-229): >>... Die unbeirrbar Befürworter eines erschlagend monumentalen Mahnmals ... übersahen, daß ihr Riesenbau verzweifelt an die Architekturhybris der Nazis erinnert, die Speers Nord-Süd-Achse mit dem höchsten Triumphbogen der Welt abschließen wollten, auf dessen Fronten die Namen aller gefallenen deutschen

Soldaten eingemeißelt werden sollten.<<

29.11.1996

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 29. November 1996:

>>**Weg zur Aussöhnung mit Prag ist frei**

Nach 2jährigem Tauziehen scheint der Weg zur Unterzeichnung der deutsch-tschechischen Aussöhnungserklärung noch vor Weihnachten offen. ...

Nach dem Bericht von "Mlada fronta dnes" wird die Vertreibung der Sudetendeutschen nach Kriegsende aus der Tschechoslowakei in der letzten Textfassung als "Austreibung" oder "Zwangsaussiedlung" bezeichnet.

Der Begriff "Vertreibung" werde für das Schicksal der Tschechen verwendet, die mit dem Einmarsch der Hitler-Wehrmacht die damaligen Grenzgebiete verlassen mußten.<<

November 1996

BRD: Der deutsche Historiker Alfred Schickel (1933-2015) berichtet im November 1996 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 11 – 1996 (x853/...): >>... **Übersehene Tatsachen und Zusammenhänge**

Was in der Diskussion über die deutsch-tschechische "Abschluß-Erklärung" stets zu kurz kam

Schon die unterschiedlichen Bezeichnungen deuten den Standpunkt an. Sprechen die einen von der "Schlußstrich-Erklärung" der deutschen und der tschechischen Regierung, melden sie indirekt bereits ihre Vorbehalte an - und reden die anderen von der deutsch-tschechischen "Versöhnungs-Erklärung", geben sie mit diesem positiven Ausdruck gleichfalls ihre - diesmal zustimmende - Haltung zu erkennen. Und beide Seiten haben ihre Gründe.

Sehen die einen die Vergangenheit nicht angemessen gewürdigt, geben sich die anderen zukunftsorientiert und schauen in erster Linie nach vorne. Zusätzlich bemühen sie noch die Moral und unterstreichen die Verpflichtung Deutschlands, die tschechischen NS-Opfer zu entschädigen und diese Pflicht im Rahmen der "Versöhnungs-Erklärung" anzuerkennen und zu erfüllen.

Den Kritikern der "Schlußstrich-Erklärung" scheint damit ein unüberwindliches Argument entgegengehalten und eine weitere Ablehnung nicht mehr gestattet. Ein genauerer Blick in die Geschichte und ihre Zusammenhänge löst diesen Konflikt zwischen angemahntem Heimatrecht und menschlicher Moral freilich auf. ...

Ebenso lassen die meisten Befürworter der von ihnen angemahnten "Versöhnungs-Erklärung" mit der widerspruchslosen Hinnahme der sogenannten "Benesch-Dekrete" den ideologischen "Hintermann" dieser menschenrechtswidrigen Verfügungen außer Betracht: Sowjetdiktator Josef Stalin.

Er tritt in jener programmatischen Erklärung deutlich in Erscheinung, aus welcher sich Ziel und Inhalt der "Benesch-Dekrete" folgerichtig ableiten, dem sogenannten "Kaschauer Programm der Regierung der Nationalen Front der Tschechen und Slowaken" vom 5. April 1945. Darin wird die Sowjetunion als "unser großer Verbündeter" gefeiert und vom "glorreichen Siegeszug" der "Roten Armee" gesprochen.

Der Westmächte und ihres Beitrages zur Befreiung wird nur beiläufig in Nebensätzen gedacht. Im wesentlichen haben sie nur ungebetene Ratschläge für die Behandlung der Sudetendeutschen bekommen und wurde den amerikanischen Truppen empfohlen, "sehr streng mit den Deutschen zu verfahren". Wenn sich auch die amerikanischen Soldaten von diesen Anschwärmungen der Sudetendeutschen nicht sonderlich beeinflussen ließen und sich ihrerseits verschiedenenorts von den brutalen Mißhandlungen der Deutschen durch aufgehetzten tschechischen Mob betroffen zeigten, wie erhalten gebliebene Fotos und Zeitzeugnisse belegen, so schlugen sie sich doch in einigen späteren Äußerungen amerikanischer Persönlichkeiten nieder.

Der Brief General Clays an die deutschen Erzbischöfe und Kardinäle vom 15. Juli 1946, in dem die Sudetendeutschen als Unruhestifter und "umstürzlerische Elemente" bezeichnet werden, ist ein Beispiel für eine solche "politische Langzeitwirkung".

Schien Edvard Benesch bis 1943 ein treuer Gefolgsmann Großbritanniens und der Vereinigten Staaten gewesen zu sein und nicht von ungefähr seine Exilregierung in London etabliert zu haben, geriet er mit Abschluß des tschechisch-sowjetischen Vertrags "über die Freundschaft und den gegenseitigen Beistand und die Zusammenarbeit nach dem Kriege" vom 12. Dezember 1943 immer stärker unter den Einfluß Stalins. Diese zunehmende politisch-ideologische Abhängigkeit der tschechischen Führung von Moskau schlug sich bis in die Ähnlichkeit der einzelnen Formulierungen nieder und weist eine Linie vom obigen Moskauer Vertrag über das "Kaschauer Programm" bis zu den sogenannten "Benesch-Dekreten" auf.

Hieß es beispielsweise im Moskauer "Freundschafts- und Beistandspakt, daß "alle, die Hitler aktiv geholfen haben und sich des Hochverrats gegen die Republik schuldig gemacht haben, einschließlich Ausweisung aus der Republik und Beschlagnahme des Vermögens bestraft werden", liest sich die gleiche Absicht im "Kaschauer-Programm" (Abschnitt VIII) so:

"... diejenigen Deutschen, ... welche wegen eines Verbrechens gegen die Republik und gegen das tschechische und slowakische Volk ... verurteilt werden, werden der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft für verlustig erklärt und für immer aus der Republik ausgewiesen", um sich dann im "Dekret des Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik vom 21. Juni 1945 über die Konfiskation und beschleunigte Aufteilung des landwirtschaftlichen Vermögens der Deutschen, Magyaren wie auch der Verräter und Feinde des tschechischen und slowakischen Volkes" mit den Worten zu wiederholen:

"... von dem Bestreben geleitet, ein für allemal den tschechischen und slowakischen Boden aus den Händen der fremden deutschen ... Gutsbesitzer, wie auch aus den Händen der Verräter der Republik zu nehmen, ... wird mit augenblicklicher Wirksamkeit und entschädigungslos das landwirtschaftliche Vermögen enteignet, das im Eigentum steht aller Personen deutscher ... Nationalität, ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit".

Eine Gedanken- und Ziellinie, die sich auch in anderen Erklärungen von 1943, weiteren Programmpunkten der "Kaschauer Beschlüsse" und in den übrigen "Benesch-Dekreten" erkennen und verfolgen läßt.

Die von der heutigen tschechischen Staatsführung immer noch als "legal" und "legitim" angesehenen "Präsidenten-Dekrete" von 1945 entpuppen sich in Wahrheit als Überreste stalinistischer Expansionspolitik und Revolutionsstrategie. Mit der Enteignung und Entwurzelung von Millionen Menschen sollte in Rest-Deutschland und Mitteleuropa ein "revolutionäres Potential" geschaffen werden, das die Sowjetisierung ganz Europas vorbereitet.

Als materielle Habenichtse waren die deutschen Vertriebenen aus den Ostprovinzen des Reiches und aus dem Sudetenland als "sozialer Sprengsatz" gedacht, welcher die westlich-bürgerliche Gesellschaft zu gegebener Zeit "zur Explosion" zu bringen hatte.

Zum Leidwesen Stalins und seiner Kremlstrategen sanken die deutschen Heimatvertriebenen jedoch nicht zu diesem "revolutionären Treibsatz" herab, sondern legten als überzeugte Antikommunisten fleißig Hand ans Wiederaufbauwerk Deutschlands und schufen sich dabei eine neue Heimat.

Grund genug für Stalin und seine westlichen Mitläufer, die deutschen Heimatvertriebenen mit einem Rachefeldzug zu überziehen und sie durch Diffamierungen und Verleumdungen politisch mundtot zu machen. Daß diese Kräfte noch bis in die Gegenwart aktiv sind, zeigt sich nicht nur in der vielfältigen Deklassierung der sudetendeutschen und ostdeutschen Landsmannschaften als "Vertriebenenfunktionäre", sondern auch an vereinzelt bereits geglückten Versuchen, Veranstaltungen der Heimatvertriebenen wie den "Tag der Heimat" durch Straßenterror zu verhindern. Die sich als "Antifaschisten" ausgebenden Droh- und Gewaltextremi-

sten verunglimpfen die Heimatvertriebenen als "Ewig Gestrige" und besorgen auf diese Weise posthum das Geschäft Stalins.

In ähnliche Nähe drohen die Verteidiger der "Benesch-Dekrete" zu geraten. Ein Festhalten an diesen menschenrechtswidrigen Verfügungen aus dem Jahre 1945 bedeutete zumindest ein Stehenbleiben in der Nachfolge Josef Stalins und damit eine Konservierung eines Stückes Stalinismus in Mitteleuropa. Schlecht vorstellbar, daß sich nach Kenntnis dieser Tatsachen und Zusammenhänge westlich-demokratisch ausgerichtete Politiker noch dafür stark machen. Eine "Schlußstrich-Erklärung" mit der Hinnahme der sogenannten "Benesch-Dekrete" und der Verharmlosung der Vertreibung rückte aber die Unterzeichner in die Nähe der Hüter stalinistischen Erbes und verschaffte den menschenrechtswidrigen Gewaltakten des Sowjetdiktators von 1945 noch nachträgliche Anerkennung. ...<<

1996

BRD: Egon Bahr (1922-2015, von 1972-1976 SPD-Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit) erklärt im Jahre 1996 in der Berliner Akademie der Künste (x346/8): >>... Von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl waren alle Bundeskanzler inoffizielle Mitarbeiter der CIA.<<

Hartmut Hausmann berichtet im Jahre 1996 über die außerordentlich teure EU-Osterweiterung (x303/217): >>... Was gesamtpolitisch und unter dem Sicherheitsaspekt gewollt und sinnvoll erscheint, wird die Union ... vor riesige Probleme stellen.

Alle mittel- und osteuropäischen Staaten weisen ein Bruttosozialprodukt von weniger als 35 Prozent gemessen am EU-Durchschnitt auf. Damit gehören sie zu den ärmsten Regionen der Gemeinschaft und fallen unter die Ziel-1-Regionen der Strukturförderung. ...

Nach den im Europäischen Parlament angestellten Berechnungen (wird) allein für die Länder Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn ein jährlicher Bedarf von 20,5 Milliarden ECU (benötigt), was einem Viertel des EU-Haushalts entspräche.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die EU-Osterweiterung (x268/204-205): >>Obwohl sich bei Meinungsumfragen unter den Bürgern der 15 Mitgliedsländer der EU keine Mehrheit für die geplante Osterweiterung fand, wurde 2003 die Aufnahme von nicht weniger als zehn EU-Kandidaten beschlossen. Das relative Gewicht der deutschen Stimmen im Ministerrat ist damit abermals gesunken. Nur ein schwacher Trost ist dabei, daß jetzt Beschlüsse im Ministerrat anfechtbar sind, wenn die tragende Mehrheit nicht für Staaten steht, die mindestens 62 Prozent der EU-Bevölkerung umfassen.

Was die Kosten der Erweiterung angeht, so ist zu bedenken, daß der Lebensstandard der Kandidatenländer bei nur 20 Prozent des EU-Durchschnitts liegt. Nach Berechnung der EU-Kommission wird das Durchschnittseinkommen in der Gemeinschaft durch die Aufnahme von 10 Bewerberstaaten um 13 Prozent sinken.

Aufgrund eines Gutachtens des Münchener Europainstituts, das die Zeitschrift "Capital" in Auftrag gegeben hatte, befürchtet der CSU-Europaabgeordnete Ingo Friedrich, einer der Vizepräsidenten der Straßburger Deputiertenkammer, daß für die auf 14 Jahre geschätzte Aufnahmephase Gesamtkosten von mindestens 822 Milliarden Mark anfallen würden, wobei Deutschland aufgrund des bisherigen Verteilerschlüssels mehr als die Hälfte aufbringen müßte. Es würden Deutschland - so Friedrich – dramatische Probleme erwachsen.

Auch Bundesfinanzminister Eichel rechnet mit einer Verdoppelung des deutschen Nettobeitrags bis 2007. ...<<

Schweiz: Das Schweizerische Bundesarchiv veröffentlicht im Jahre 1996 eine Dokumentation über das Schicksal der abgewiesenen jüdischen Flüchtlinge "Die Schweiz und die Flüchtlinge 1933-1945".

Aufgrund dieser Dokumentation hat die Schweiz damals mindestens 30.000 jüdische Frauen, Kinder und Männer an der Grenze abgewiesen (x136/230). Die Zahl der abgewiesenen jüdi-

schen Flüchtlinge, die vergeblich an den Schweizer Grenzen um eine Einreisbewilligung nachsuchten, ist vermutlich wesentlich höher (x136/231).

1997

Wer die Wahrheit verrät, verrät sich selber. Es ist hier nicht die Rede vom Lügen, sondern vom Handeln gegen die Überzeugung.

Novalis, eigentlich Friedrich Freiherr von Hardenberg (1772-1801, deutscher Dichter)

02.01.1997

Rumänien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 2. Januar 1997 über Rumäniens EU-Beitrittspläne: >>**Rumänen kämpft um den Anschluß**

... Die Rumänen wollen mehr Tempo bei der Entwicklung ihres Landes, erst recht nach dem Amtsantritt des neuen Präsidenten Emil Constantinescu. ...

Besonders wichtig für Rumänien bleibt die europäische und euroatlantische Integration des Landes. Auf Deutschland als dem wichtigsten Handelspartner und die treibende Kraft in der EU richten sich da viele Hoffnungen. ...<<

07.01.1997

BRD: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 7. Januar 1997: >>**Die Partei, die Partei, die hat immer recht**

Alte Lieder und neue Wahrheiten: Louis Fürnberg, Ernst Bloch, kosmopolitische Hotelsaucen und die sozialistische Geschichtsklitterung

Berlin - "Sehr geehrte Damen und Herren, eine unverhofft heftige Reaktion auf unsere Publikation veranlaßt mich, Sie wiederum anzuschreiben. Ich wurde von Lotte Fürnberg unter Androhung einer einstweiligen Verfügung gebeten, das Ihnen zugesandte Besprechungsexemplar zurückzufordern. Dem komme ich nach."

Bei dem Büchlein, das der Verleger Michael Fischer auf so ungewöhnliche Art zurückerbittet, handelt es sich um eine antiquarische Rarität, die er nachdrucken ließ.

"War ein Wintertag ..." heißt der Titel, Louis Fürnberg der Autor. Verlegt wurde es von der Dahlemer Verlagsanstalt in Berlin (31 S., 16 Mark). Über den Nachdruck gab es mit dem Aufbau-Verlag im August 1996 einen Lizenzvertrag, denn dieser Verlag vertritt nicht nur Fürnberg postum, aus seinen Archiven stammt auch die Vorlage: Fürnbergs schmaler Gedichtband "Wanderer in den Morgen", 1951 im SED-eigenen Dietz-Verlag erschienen. Den Verkäufern, die Überflüssiges aus dem Aufbau-Archiv an ein Antiquariat gaben, war entgangen, daß dieser Band handschriftliche Korrekturen enthielt.

Dem Antiquar Hansjörg Viesel entging das allerdings nicht. Es handelt sich jedoch nicht um Autoren-, sondern um Witwenkorrekturen für die postume sechsbändige Werkausgabe des Aufbau-Verlages von 1964/73. Oft wurden nur Kleinigkeiten verändert, ein Name zumeist gestrichen und durch allgemeine Wendungen ersetzt: der Name Stalin.

So lernte, wer bis Mitte der fünfziger Jahre in der DDR zur Schule ging, jenes berühmte Lied "Die Partei", dessen Refrain beginnt "Die Partei, die Partei, die hat immer recht ..." und der endet "denn aus Leninschem Geist / wächst von Stalin geschweißt / die Partei / die Partei / die Partei!"

Die nachstalinschen Jungpioniere und FDJler sangen dann allerdings, daß die Partei nicht nur aus Leninschem Geist, sondern auch "von Lenin geschweißt" wuchs. Das ist dem Büchlein, dem mit einer einstweiligen Verfügung gedroht wird, zu entnehmen. Es dokumentiert eine "ideologische Säuberung" der Fürnbergschen Lyrik nach dem XX. Parteitag der KPdSU. Die Gedichte "Stalins Geburt", "Der junge Stalin", "Der größte Schüler" sind deshalb aus der Werkausgabe "lt. Brief vom 24.9.60 von Lotte Fürnberg zu streichen", wird da am "14.10.60" von einer Verlagsperson namens "Länder" handschriftlich festgehalten.

Außerdem wird in der Handschrift, die die Korrekturen angebracht hat, dekretiert: " **Alle ein-**

getragenen Korrekturen gelten auch für eine Neuauflage." Deshalb hat, was ehemals "Das Lied von Stalin" hieß, fortan "Ein Lied vom Menschen" zu heißen. Statt "Dieses Lied weihe ich Stalin ..." darf man nun lesen "Dieses Lied weihe ich den Sowjets ...", worauf zwangsläufig aus "ihm, dem Schöpfer" "ihnen, den Schöpfern" usw. werden mußte.

An anderer Stelle wandelte sich "Stalin" nun in "die Sowjetunion", werden statt "Lenin und Stalin" nunmehr "Marx und Engels" gepriesen, heißt es anstelle von "und Stalin sprach" jetzt "Das Volk, es sprach". Und schon kann man das Lied anstimmen "Die Partei, die Partei behält immer recht ..." Denn Louis Fürnberg hatte seinen Genossen einst lyrisch versichert: "Was ich singe, sing ich den Genossen, / Ihre Träume gehen durch mein Lied".

Er war eben ein wackerer, treuer Parteiarbeiter und -dichter. 1909 in Iglau in Mähren geboren, trat er 1928 der KPD bei, emigrierte dann nach London und Palästina, lebte nach Ende des Zweiten Weltkrieges in Prag und kam nach Gründung der DDR als Botschaftsrat der CSR nach Ost-Berlin. Botschafter war Otto Fischl, der im Slansky-Prozeß zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde. Fürnberg, ebenfalls Jude und "Westemigrant", war damals kaum minder gefährdet.

Zu dieser Zeit entstand das Lied "Die Partei" als Huldigung an den IX. Parteitag der KPC im Mai 1949. Das wurde huldvoll aufgenommen und Fürnberg durfte die Nachfolge Fischls als Missionschef in Ost-Berlin antreten. 1952 wurde er nach Prag zurückbeordert und 1954 stellte er den Antrag, in die DDR übersiedeln zu dürfen, was ihm schließlich genehmigt wurde, so daß er bis zu seinem Tode 1957 dann in Weimar als stellvertretender Direktor der "Nationalen Forschungs- und Gedenkstätte der klassischen deutschen Literatur" arbeiten konnte, deren Direktor Walter Victor war.

Fürnberg war nicht der einzige, der seine literarischen Werke der Parteilinie anpaßte. Bereits Majakowskij wurde nachgesagt, er habe den "Genossen Trotzki" aus seiner Poesie eliminiert und statt dessen entsprechend der neuen historischen Wahrheit den Platz dem "Genossen Stalin" eingeräumt.

In der Gebrauchsmusik war es außerdem seit langem üblich, sich gängige Lieder durch Namensänderungen dienstbar zu machen. Wer das "Auf, auf zum Kampf, zum Kampf sind wir geboren ..." mit dem Refrain schmettert, "dem Karl Liebknecht haben wir's geschworen, der Rosa Luxemburg reichen wir die Hand!", muß ja nicht wissen, daß der Schwur und das Handreichen ursprünglich 1914 "Kaiser Wilhelm" galten. Auch daß aus dem "Kleinen Trompeter", dem "lustigen Rotgardistenblut" später "unsere Sturmführer Wessel, ein lustiges Hakenkreuzlerblut ..." wurde, ist längst vergessen.

Nach 1945 stieg die Verfallszeit der Parteiliryk allerdings rapide an. In Bulgarien sang man 1947 noch "Drei Sonnen leuchten am Himmel - Stalin, Tito, Dimitroff". Bereits ein Jahr später mußte da Tito herausoperiert werden. Und noch ein paar Jahre später war die Zeile nicht mehr zu retten, wurde das Lied verboten. Ähnlichen Mißhelligkeiten sah sich Stephan Hermlin ausgesetzt. In seinem Text zum "Mansfelder Oratorium" von Ernst Hermann Meyer werden "fünfhundert Millionen und Mao Tse-tung" besungen, die die Brüder an Saar und Ruhr befreien werden. Davon war nach dem Schisma zwischen der Sowjetunion und China 1960 natürlich nichts mehr zu hören.

Bereits im Jahr zuvor hatte sich Ernst Bloch für die "Frankfurter Ausgabe" seines opus magnum "Das Prinzip Hoffnung" der Mühe unterziehen müssen, sechsmal den Namen Stalin, vier seiner bis dahin unanfechtbaren Zitate und einmal den Hinweis auf eines der Werke dieses "Klassikers des Marxismus/Leninismus" beseitigen zu müssen.

So wandelte sich gegenüber der DDR-Edition der ersten beiden Bände von 1953 und 1955 (der dritte Band mit dem Copyright 1956 erschien erst 1959) die "Stalinsche Erfahrung" zur "sozialistischen Erfahrung" oder verschwand der Satz: "Stalins Realdefinition der Nation bildet als klassische Definition genau die konzise Gegenstandsseite des Realen ab", um statt des-

sen mitzuteilen: "Die sozialistische Realdefinition der Nation bildet ohne alle fremd hergeholten nationalistischen Schnurrbärte oder auch kosmopolitischen Groß-Chicagos, Hotelsaucen, Einebnungen von heute genau die konzise ..."

Auch was einst nach einem Lenin-Zitat durch ein Stalin-Zitat verstärkt wurde, wird nun schlicht "Mit anderen Worten ..." festgestellt. Und vorsichtshalber hat Bloch auch noch den Hymnus auf das Ende des Antisemitismus in der Sowjetunion nach den polnischen und sowjetischen Erfahrungen von 1956 wegfallen lassen und durch "Das Prinzip Hoffnung" ersetzt: "das sowjetische Ziel sei biblisch, ob man es wisse oder nicht."

Lenin spottete gern über die "Freiheit" des Künstlers, weil es nur ein "heuchlerisches Gerede" sei, um die tatsächliche "Abhängigkeit vom Geldsack, vom Bestochen- und Ausgehaltenwerden" zu maskieren. Die sozialistischen Intellektuellen, endlich frei von solchen Zwängen, zahlten der Partei deshalb freiwillig den Tribut permanenter Anpassung - ihrer Werke und ihrer Selbst. Das Büchlein Fürnbergs ist nur ein Stein in diesem Mosaik, der selbst, wenn er durch eine Einstweilige Verfügung herausgebrochen wird, das Gesamtbild nicht verändert.<<

16.01.1997

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 16. Januar 1997: >>Lebed warnt in Bonn vor einem Dritten Weltkrieg

... Am Mittwoch traf sich der russische Gast unter anderem mit dem CDU/CSU-Vorsitzenden Wolfgang Schäuble, mit Joschka Fischer von den Grünen und mit zahlreichen Wirtschaftsvertretern. Der frühere Kommandant der 14. sowjetischen Armee ("Ich bin nicht liberal, ich bin General") entwarf vor seinen Bonnern Gesprächspartnern ein düsteres Bild von den Zuständen in seiner Heimat.

Durch die Schwäche des amtierenden Präsidenten (Boris Jelzin), bedingt durch dessen schwere Krankheit, verharre Rußland in einem Zustand von wirtschaftlichem und politischem Chaos, bedrängt durch das organisierte Verbrechen. Er könne diesen Zustand beenden, lautet die Botschaft Lebeds, aber nur durch "eine Diktatur des Gesetzes".

Die Frage, ob er Demokrat sei, wies Lebed (General und "Mann des Jahres" in Rußland) barsch zurück: "In Rußland gibt es keine Demokraten. Die, das von sich behaupten, sind Heuchler."

Um ein demokratisches Land zu werden, brauche Rußland noch 2 Generationen, was nach landläufiger Auffassung mindestens 50 Jahre bedeute. Die Gefahr sei groß, sagte Lebed, daß Rußland vollends ins Chaos gleite, "aber wenn ich eine Gefahr sehe, dann nehme ich das Schwert in die Hand. Dann wird die Gefahr den Schwanz einziehen und von selbst verschwinden."

Sollte Rußland auseinanderbrechen, warnte Lebed, werde es einen Krieg geben, den dritten Weltkrieg. Und der werde keine Sieger haben. Dann werden der Welt die Fetzen um die Ohren fliegen.<<

31.01.1997

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 31. Januar 1997: >>Bundestag stimmt für Aussöhnung mit Prag

... Der Bundestag hat am Donnerstag mit breiter Mehrheit der deutsch-tschechischen Aussöhnungserklärung zugestimmt. Für das Papier sprachen sich in namentlicher Abstimmung 578 Parlamentarier aus, dagegen votierten 20 CSU- und CDU-Abgeordnete. 23 PDS- und Unionsabgeordnete enthielten sich. ...

... Die Deklaration war nach zweijährigem harten Ringen am 21. Januar von Kohl und Tschechiens Ministerpräsident Vaclav Klaus in Prag unterzeichnet worden.

Kohl bezeichnete in seiner einleitenden Regierungserklärung die Deklaration als einen "guten Text", mit dem beide Seiten klar und mutig auf strittige Abschnitte der gemeinsamen Geschichte eingingen. Die Erklärung sei ein Beitrag zur Aussöhnung: "Sie soll helfen, den Teu-

felskreis gegenseitiger Aufrechnung und Schuldzuweisung zu durchbrechen."

Nachdrücklich forderte er die Sudetendeutschen auf, am Aussöhnungswerk mitzuarbeiten.

Der SPD-Vorsitzende Rudolf Scharping forderte Deutsche und Tschechen zur engen Zusammenarbeit auf. Mit der gemeinsamen Erklärung werde "spät, aber nicht zu spät, endlich das letzte Kapitel" deutscher Ostpolitik abgeschlossen.

CDU/CSU-Fraktionschef Wolfgang Schäuble erklärte unter Hinweis auf das Bekenntnis zu Schuld und Unrecht in dem Dokument, Versöhnung erfordere den Mut, auch die dunklen Seiten anzusprechen. ...<<

10.02.1997

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 10. Februar 1997: >>Sudetendeutsche lehnen Erklärung ab****

Wenige Tage vor der entscheidenden Abstimmung über die deutsch-tschechische Aussöhnungserklärung im Prager Parlament hat die Sudetendeutsche Landsmannschaft ihre Ablehnung erneuert. ... Der Vorsitzende der Landsmannschaft, Franz Neubauer, hatte am Sonnabend angekündigt, die Sudetendeutschen würden ihre Interessen nun im Rahmen des geplanten EU-Beitritts von Tschechien geltend machen. ...

In dem Manifest heißt es, die über die Köpfe der Betroffenen hinweg vereinbarte Erklärung enthalte geschichtliche Unwahrheiten. Sowohl das Selbstbewußtsein als auch das Rechtsempfinden der Sudetendeutschen werde mit der Erklärung schwer verletzt.<<

14.02.1997

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 14. Februar 1997: >>Scharfe Töne gegen Deutschland im Prager Parlament****

Im Prager Parlament dauert auch in der Nacht zum Freitag die Debatte über die deutsch-tschechische Aussöhnungserklärung an. ... Dabei kam es zu scharfen Ausfällen der rechtsradikalen Republikaner. Ihr Vertreter Josef Krejsa bezeichnet den tschechischen Chefunterhändler als "analen Höhlenforscher". Man habe es zu tun mit einem "großdeutschen Reich unter der Maske der Europäischen Union". Ein weiterer Rechtsradikaler meinte, die Billigung der Deklaration käme Hochverrat gleich. ...<<

15.02.1997

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 15. Februar 1997: >>Prag stimmt Erklärung zur Aussöhnung zu****

Das tschechische Parlament hat am Freitag nach viertägiger Debatte der deutsch-tschechischen Aussöhnungserklärung zugestimmt. Für die Deklaration votierten 131 Abgeordnete, 59 waren dagegen. ...<<

19.02.1997

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 19. Februar 1997: >>87 Millionen versickern in Kiews dunklen Finanzkanälen****

Deutsche Entschädigungszahlungen für NS-Opfer verschwunden / Erst 1998 Geld für Nazi-Opfer in Südosteuropa

Die Opfer von einst sind die Opfer von heute. ... 87 Millionen, die Bonn in die Ukraine für die NS-Opfer überwiesen hatte, sind in dunklen Kanälen verschwunden. ...

Das Geld gehört zu einem Fonds von einer Milliarde Mark, den die Bundesregierung 1993 für Entschädigungszahlungen an Rußland, Weißrußland und die Ukraine bereitgestellt hat. Der Ukraine hatte Deutschland seit 1993 in drei Teilsummen insgesamt 400 Millionen Mark gezahlt. Eine eigens dafür eingerichtete Stiftung "Verständigung und Aussöhnung" nahm die Anträge entgegen und prüfte die Ansprüche. ...<<

Am 19. Februar 1997 tritt die EU-Binnenmarkt-Richtlinie "Elektrizität" in Kraft.

Die deutsche Energiewirtschaft nach der Liberalisierung des EU-Strommarktes

Die vom damaligen FDP-Wirtschaftsminister Rexrodt durchgesetzte Binnenmarkt-Richtlinie

"Elektrizität" sollte spätestens bis zum 19. Februar 1999 in den jeweiligen EU-Ländern umgesetzt werden. Die EU-Länder Großbritannien, Schweden, Finnland und Deutschland öffneten bzw. liberalisierten ihre Märkte fristgemäß für den Wettbewerb. Da Frankreich seinen Strommarkt jedoch weiterhin gegen ausländische Konkurrenten abschottete, aber gleichzeitig massiv Strom exportierte, bahnten sich bereits im Jahre 1999 schwere Handelskonflikte innerhalb der EU an.

Nach der sog. Liberalisierung des EU-Strommarktes begann in der Bundesrepublik überraschend schnell ein heftiger Preiskampf ("Energiekrieg"), denn die deutschen Versorgungsunternehmen mußten ihre Leitungen aufgrund der EU-Binnenmarkt-Richtlinie "Elektrizität" für den Billigstrom der in- und ausländischen Konkurrenz öffnen.

Die verhältnismäßig kleinen deutschen Versorgungsunternehmen wurden durch die überstürzte Marktliberalisierung in eine ungemein schwierige Lage gebracht, denn sie mußten sich plötzlich mit übermächtigen subventionierten Staatsmonopolen auseinandersetzen.

Der deutsche Energiemarkt wurde für die großen ausländischen Konzerne sehr schnell ein wichtiger Teil des europäischen Strommarktes. Nach den skandinavischen Unternehmen aus Schweden (Vattenfall) und Finnland (Fortum) drängte auch der größte Stromkonzern Europas, die EdF, aus Frankreich, mit aller Macht auf den deutschen Energiemarkt, um überschüssige Energie als Billigstrom zu verkaufen.

Der schwedische Staatskonzern Vattenfall beteiligte sich damals u.a. mit 25 % an der HEW in Hamburg. Der finnische Staatskonzern Fortum erwarb im Jahre 1999 die EW Wesertal GmbH in Hameln und strebte weitere Beteiligungen in Deutschland an. Der französische Strommonopolist EdF beteiligte sich in Baden-Württemberg an der EnBW.

Mit 435 Milliarden Kilowattstunden (MkWh) produzierte der Staatsmonopolist EdF im Jahre 1997 wesentlich mehr Strom als die 3 größten privatwirtschaftlich organisierten deutschen Versorgungsunternehmen (RWE, PreussenElektra, und Bayernwerk = 300 MkWh) zusammen. Das französische Staatsunternehmen EdF deckte mit seinen 55 Kernkraftwerken, die größtenteils abgeschrieben waren, über 80 % der Stromversorgung Frankreichs.

Viele ausländische Staatskonzerne besaßen beträchtliche Überkapazitäten, deshalb konnten sie den Strom konkurrenzlos billig anbieten, ohne Verluste zu erwirtschaften. Der z.B. von "Yello" zum Spottpreis angebotene Strom stammte zu 70 % aus französischen Kernkraftwerken. Die deutschen Stromversorger konnten dem Billigstrom aus Frankreich fast nichts entgegensetzen. Die EU entschied zwar später, daß die einzelnen Länder nur die Strommenge in ein anderes EU-Land exportieren durften, die aus dem anderen EU-Land importiert wurde, aber diese Regelungen galten nicht für direkte Beteiligungen im Ausland.

21.02.1997

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 21. Februar 1997: >>**Polen geben Juden Eigentum zurück**

Die 9 jüdischen Gemeinden in Polen erhalten ihr früheres Eigentum zum Teil zurück. Das entschied am Donnerstag das polnische Parlament der Sejm. ... Das Gesetz betrifft auch früheren jüdischen Gemeindebesitz in ehemals deutschen Gebieten. Immobilien, die früher nicht religiösen oder kulturellen Zwecken dienten, sind von der Regelung ausgeschlossen.

Jüdische Organisationen in den USA und Israel lehnten das Gesetz ab, weil nur ein Teil des früheren Gemeinde-Eigentums zurückgegeben werden soll. Außerdem bestehen sie auf der Rückgabe des früheren privaten jüdischen Besitzes.<<

26.02.1997

Ungarn: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 26. Februar 1997: >>**Herzog: Deutschland unterstützt Ungarn**

Bundespräsident Roman Herzog hat Ungarn die volle Unterstützung Deutschlands auf dem Weg in die Europäische Union (EU) und die NATO zugesichert.

Bei einem Staatsbesuch in Ungarn sagte Herzog am Dienstag vor der Nationalversammlung in Budapest, Ungarn werde zu den ersten Kandidaten gehören, die in die EU und den Nordatlantikpakt aufgenommen würden. Herzog würdigte insbesondere die ungarische Minderheitenpolitik. ...<<

18.03.1997

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 18. März 1997: >>**Prag weist russische Drohung empört zurück**

Tschechiens Regierung hat empört auf die Drohung eines russischen Diplomaten reagiert, der für den Fall eines NATO-Beitritts des Landes die Wirtschaftsabkommen zwischen Tschechien und Rußland in Frage gestellt habe. ...

Der Botschafter hatte in einem Interview gesagt, ein Beitritt zur NATO könne schädliche Auswirkungen auf wichtige Abkommen haben. Der Beitritt habe für Rußland erhebliche Verluste im Waffengeschäft zur Folge. Als Reaktion könne Rußland seine Abkommen mit Tschechien über die Lieferung von Gas und Atomstrom neu überdenken. ...<<

10.04.1997

BRD: Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 10. April 1997 über die Jugendweihe (x303/187): >>... Zwischen März und Juni ist Weihezeit in den neuen Bundesländern. Die 14-jährigen wollen nicht mehr Kinder sein, die Jugendweihe wird als Eintritt ins "Erwachsenenland" gefeiert.

Insgesamt werden es deutlich mehr als 100.000 Kinder – somit weit mehr als 60 % eines Jahrganges sein, die an dem Ritual teilnehmen, das früher fester Bestandteil der DDR-Kultur war.

Der Zulauf wächst. In Sachsen sind es in diesem Jahr fast 34.000 14-jährige, die an der Jugendweihe teilnehmen, das sind 57 % eines Jahrganges. Mehr als 500 Veranstaltungen gibt es im Jahr.

Die Evangelische Landeskirche rechnet dagegen mit 10.000 Konfirmanden.<<

25.04.1997

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 25. April 1997: >>... Der tschechische Präsident wurde im politischen Teil seiner Rede in diesem Punkt ein wenig deutlicher, als er ausführte: "So wie das heutige Deutschland nicht in der Lage ist, die Zehntausenden tschechischen NS-Opfer ins Leben zurückzurufen und uns in die Zeit vor 1938 zurückzuführen, wo Tschechen, Juden und Deutsche bei uns zusammenlebten, so wenig kann die heutige Tschechische Republik den vertriebenen Deutschen ihr altes Zuhause zurückgeben. ...<<

April 1997

BRD: Der deutsche Historiker Alfred Schickel (1933-2015) berichtet im April 1997 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 4 – 1997 (x853/...): >>... **Was man während des Krieges im Vatikan alles erfahren konnte**

Die kriegführenden Mächte nutzten die Vatikanstadt als ergiebige Nachrichtenquelle. Gelten die vatikanischen Archive als die bestgehüteten Dokumenten-Depots der Welt, überraschen die über den Hl. Stuhl ausgetauschten Regierungs- und Geheimpläne der einst kriegführenden Mächte um so mehr durch ihre Fülle.

Da beide kriegführenden Parteien die diplomatischen Beziehungen zum Papst aufrechterhielten und der amerikanische Präsident F. D. Roosevelt einen eigenen "Persönlichen Repräsentanten" bei Pius XII. akkreditieren ließ, wurde der Hl. Stuhl in der Tat zur Drehscheibe der wichtigsten Informationen zwischen den Alliierten. Das dokumentieren jüngst von der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI) bearbeitete US-Papiere.

So vertraute der polnische Botschafter Kazimierz Papée am 2. Oktober 1942 dem amerikanischen Geschäftsträger Harold Tittmann die Vorstellungen seiner Regierung über das besiegte Nachkriegsdeutschland an. Danach hatten die westlichen Alliierten nach Kriegsende mit "drei

Kräften" im Reich zu rechnen:

Mit den "Überresten der preußischen Armee, der Kommunistischen Partei und der Katholischen Kirche". Von diesen seien die preußische Armee und die kommunistische Partei möglichst unter Kontrolle zu halten bzw. zu zerschlagen, um den Frieden nicht ein weiteres Mal zu gefährden oder Mitteleuropa unter bolschewistische Herrschaft geraten zu lassen. Daher sollten "die Alliierten nicht erlauben, daß Sowjet-Rußland irgendein europäisches Land besetzt; sowjetrussische Truppen und Verwaltung sollten niemals ein besiegtes Deutschland regieren dürfen". Vielmehr sollte "die Hauptkraft der sowjetrussischen Truppen entlang der alten polnisch-litauischen Grenze bleiben", riet der polnische Missionschef dem amerikanischen Diplomaten.

- Die katholische Kirche in Deutschland, in der Einschätzung des polnischen Botschafters "die einzig positive Kraft" im besiegten Reich, sollte dagegen gefördert und "mit Kräften ausgestattet werden, die anziehend wirken, da sie nicht nur "eine moralische, sondern auch eine politische Rolle zu spielen" hätte. Wie die Praxis der Westalliierten, besonders der Amerikaner, später erwies, haben sich die Sieger tatsächlich gegenüber der Kirche in Deutschland kooperationsbereit gezeigt und sich nicht selten bei deutschen Prälaten und Bischöfen Rat für ihre Besatzungsregierung geholt.

Von US-General Patton ist bekannt, daß er in Personalentscheidungen auf die Empfehlungen Kardinal Faulhabers hörte und dabei sogar seinen Posten als Militärgouverneur von Bayern riskierte. Und General Clay, der spätere US-Militärgouverneur für die gesamte US-Zone, mußte sich so manche Kritik Weihbischof Neuhäuslers an der Siegerjustiz der Amerikaner anhören.

Beherrigten die Westalliierten die empfohlene Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche, griffen die Sowjets offenkundig den zweiten Ratschlag der Polen, die Ausschaltung der preußischen Armee, auf und besorgten seine Ausführung augenscheinlich auch unter den von Botschafter Papée genannten Voraussetzungen: "Um die verbleibende Struktur und Ideologie der deutschen Armee zu schwächen, werden die Alliierten Preußen selbst schwächen müssen".

- Dafür gebe es nach Papée nur einen Weg: "Von Preußen die beiden Sprungbretter für potentielle Angriffe auf Osteuropa abschneiden", nämlich "Ost-Preußen und Oberschlesien", das heißt, diese beiden deutschen Provinzen nach dem Krieg Polen zuzugliedern.

Eine Grenzverschiebung, wie sie Stalin dann 1945 mit der Errichtung der sogenannten "Oder-Neiße-Linie" zweihundertprozentig vollzog, indem er Polen über Ostpreußen und Oberschlesien hinaus auch noch Niederschlesien, den größten Teil von Pommern und Ost-Brandenburg zuschlug und damit über 9 Millionen Ostdeutschen die Heimat nahm.

- Mit dieser verdoppelten Land-Zugliederung an Polen bekräftigte der Kreml-Chef zugleich die Folgerung Botschafter Papées vom 2. Oktober 1942:

"Dann kann Berlin nicht mehr länger die Hauptstadt Deutschlands bleiben, da es zu nahe an der Grenze liegt". Konsequenz: "Die Hauptstadt wird dann zum Mittelpunkt Deutschlands hin verlegt werden müssen."

Eine Forderung, die man in der Bundeshauptstadt Bonn bis zum heutigen Tag erfüllt sehen kann.

Wie sich die Vereinigten Staaten das Kriegsende vorstellten und das besiegte Deutschland zu behandeln gedachten, war gleichfalls Thema von Gesprächen im Vatikan. An ihnen nahm Papst Pius XII. persönlich teil, seit Präsident Roosevelt im Januar 1943 die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation der Achsenmächte Deutschland, Italien und Japan in Casablanca aufgestellt hatte.

Der Pontifex suchte die amerikanische Regierung von dieser Kapitulationsforderung abzubringen, da er von ihr nur eine Versteifung des deutschen Abwehrwillens erwartete und mit ihr eine Verlängerung des blutigen Ringens befürchtete. Um diese päpstlichen Einwände ge-

gen die bedingungslose Kapitulations-Forderung zu zerstreuen, schickte Roosevelt seinen "Persönlichen Repräsentanten", Myron C. Taylor, wiederholt zu Pius XII. und ließ ihn die "psychologischen Hintergründe" seiner Forderung erläutern.

Zu diesem Zweck suchte Taylor den Papst im Juni 1944 zweimal auf und erklärte, daß "bedingungslose Kapitulation nicht Unterwerfung und Vernichtung" Deutschlands bedeute. Vielmehr sei mit der angestrebten "totalen Niederlage" die Absicht verbunden, einer neuen Legende von der "Unbesiegbarkeit der deutschen Waffen" zuvorzukommen und der Welt zu beweisen, daß auch die deutsche Armee besiegt sei. Bekanntlich galt 1918 das deutsche Heer als "im Felde unbesiegt" und nur durch den "Dolchstoß" von hinten zum Rückzug gezwungen.

Der Wiederauflage einer solchen Legende wollte Roosevelt nach den Worten seines "Persönlichen Vertreters" bei Pius XII. vorbeugen und den "Fehler von 1918" nicht wiederholen. Diesmal sollte geschehen, was US-Generalstabschef Pershing schon 1918 gefordert hatte, aber vom damaligen Präsidenten Wilson abgelehnt worden war, nämlich "bis nach Berlin durchmarschieren" und dann erst den Kampf einstellen. "Deutschland wird in kurzen und einfachen Formulierungen alle Rechte und Vollmachten den Alliierten übertragen", erklärte Myron C. Taylor am 29. Juni 1944 dem Papst.

Nach derselben Quelle aus dem Vatikan fügte er hinzu, daß die Alliierten es bei der Besiegung der deutschen Niederlage nicht gern mit Vertretern eines "Nazi- oder Quasi-Nazi-Government" bei der gemeinsamen Unterzeichnung zu tun haben möchten, sondern eine "militärische Unterschrift eines von der amtierenden Regierung Bevollmächtigten" vorziehen würden.

Diesem Verlangen kam die deutsche Seite bekanntlich im Mai 1945 nach, als Generaloberst Jodl und Generalfeldmarschall Keitel in Reims und in Karlshorst ihre Unterschriften auf die Kapitulationsurkunden der Alliierten setzten.

So erwies sich ein weiteres Mal die Vatikanstadt als zuverlässige Nachrichtenquelle und das von der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt erworbene und gesichtete Aktenmaterial über den Hl. Stuhl als wahre "zeitgeschichtliche Fundgrube".<<

09.05.1997

BRD: Die "Frankfurter Rundschau" berichtet am 9. Mai 1997 über die Auswirkungen des EU-Binnenmarktes für den deutschen Arbeitsmarkt (x303/204): >>... Aufgebrachte Bauarbeiter haben gegen "Lohndumping" (geringe Lohnzahlungen zur Ausschaltung der Konkurrenz) protestiert. ...

Hartmut N.: "Die Arbeitgeber wollen mir die Hälfte vom 13. Monatsgehalt stehlen und 20 Prozent bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall."

Über 200.000 Arbeiter aus den EU-Ländern und 30.000 aus osteuropäischen Staaten sind derzeit in Deutschland beschäftigt – gleichzeitig sind 400.000 deutsche Bauarbeiter arbeitslos.

10 Prozent Stammpersonal, 90 Prozent Billiglohnarbeiter – dieses Verhältnis ist fast typisch für die Branche.

Der vorgeschriebene Mindestlohn von 17 Mark pro Stunde wird immer wieder unterlaufen (teils bis zu 4,50 DM Stundenlohn). Ohnehin liegt er deutlich unter dem Tariflohn von 25 Mark (den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände verbindlich ausgehandelt haben).

Die Gewerkschaften protestieren gegen die europaweite Umverteilung von unten nach oben.<<

14.05.1997

Schweiz: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 14. Mai 1997: >>**Eher Trotzreaktionen als wirkliche Betroffenheit**

Starkes Echo in der Schweiz auf Raubgold-Bericht aus USA

"Uns trifft keine Schuld!"

Mit diesem Titel versteht der umstrittene schweizerische Verleger und Autor Marcel Huber unter dem symbolischen Namen Harry Zweifel sein 600seitiges Buch; es trägt den Untertitel "Report der amerikanischen-jüdischen Attacken und Lügen gegen die Schweiz".

Das Buch, das in Kürze erscheinen soll, ist als "Balsam für alle jene Schweizerinnen und Schweizer" gedacht, die in den vergangenen Monaten "Lügen, Diffamierungen, Schmähungen und üble Nachreden von den USA und den jüdischen Organisationen über sich ergehen lassen mußten". Es sei kein antisemitisches Buch betont Huber. ...

Der Bericht des US-Unterstaatssekretärs Stuart Eizenstat, in dem die Rolle der Schweiz im und nach dem Zweiten Weltkrieg gerügt und für eine Wiedergutmachung plädiert wird, rüttelte die Eidgenossen auf. Er belegte unter anderem, daß die Schweiz mit "Totengold", abgenommenem Schmuck und herausgebrochenem Zahngold der Holocaust-Opfer gehandelt hat.

...

2 Jahre nach Kriegsende wurde das Washingtoner Abkommen zwischen der Schweiz und den USA, Großbritannien und Frankreich unterzeichnet. Die Schweiz übergab daraufhin einem Reparationsfonds 250 Millionen Franken als Abgeltung für den Handel mit deutschem Raubgold - weit weniger allerdings, als die Siegermächte ursprünglich gefordert hatten.

Daß die USA nach dem Krieg als Retter Europas auftraten, bestreitet auch heute niemand in der Schweiz, doch bemerkt z.B. das "Journal de Genève", daß das Land die Rolle des Lehrmeisters noch heute spiele – "selbst mit dem Zaunpfahl in der Hand". ...<<

22.05.1997

Ukraine: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 22. Mai 1997: >>Versöhnung zwischen Ukraine und Polen

Die Präsidenten Polens und der Ukraine, Aleksander Kwasniewski und Leonid Kutschma, haben am Mittwoch in Kiew eine Versöhnungserklärung unterzeichnet, die einen Schlußstrich unter die schwierige polnisch-ukrainische Vergangenheit ziehen soll.

In dem Dokument bekennen sich beide Länder zu ihrer Verantwortung für Unrecht, das ihr Verhältnis bis heute belastet. Dabei geht es um blutige Ereignisse aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges und den ersten Nachkriegsjahren. Experten aus beiden Ländern hatten über ein Jahr an dem Dokument gearbeitet.

Kwasniewski würdigte vor dem ukrainischen Parlament die NATO-Osterweiterung als Stabilitätsfaktor für Osteuropa. Die Erweiterung der NATO müsse als "Vorrücken von Stabilität und Sicherheit nach Osten" begriffen werden.<<

16.06.1997

Niederlande: Die Staats- und Regierungschefs verabschieden am 16./17. Juni 1997 mit dem Vertrag von Amsterdam die dritte Reform des europäischen Gemeinschaftsrechts. Er soll die EU-Staaten auf die Erweiterung um die mittel- und osteuropäischen Reformstaaten vorbereiten. Der Vertrag von Amsterdam tritt am 1. Mai 1999 in Kraft.

03.07.1997

Rumänien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 3. Juli 1997: >>Rumäniens letzte Hoffnung sind die Deutschen

... Seit Monaten haben fast alle rumänischen Diplomaten und Politiker nur ein Ziel: Westliche Regierungen sollen davon überzeugt werden, daß das Land zur ersten Gruppe der osteuropäischen Länder zählen müsse, die in die NATO aufgenommen werden.

Und Deutschland, das weiß auch (Staatspräsident) Constantinescu, kommt dabei eine entscheidende Rolle zu. Bonn könnte im Streit zwischen den USA und den meisten europäischen NATO-Mitgliedern den Ausschlag geben. Denn die USA haben sich bereits vor dem Gipfel ganz klar festgelegt, daß der NATO mit Polen, Ungarn und Tschechien nur 3 Ländern die Aufnahme in der ersten Runde anbieten sollte. Vor allem Frankreich und Italien möchten dagegen auch noch Rumänien und Slowenien dabei haben. ...<<